Einzelnummer 30 Pfg.

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. – Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 1,50 Mk., von auswärts 2,— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 5.— Mk., von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. – Postscheckkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spendhaus 6. – Telephon 3290.

Nr. 77 | Montag, den 4. April 1921 | 12. Jahrgang

# Polnische Angriffsabsichten gegen Deutschland?

## Starke polnische Heeresrüstungen an der deutschen Grenze.

**Marienwerder**, 2. April. Die „Weichselzeitung“ meldet: Polen steht zweifellos am Vorabend schwerwiegender militärischer Maßnahmen, die sich nach ihrer ganzen Art nur gegen Deutschland, und zwar gegen Oberschlesien und gegen das ehemals west- und ostpreußische Abstimmungsgebiet, richten können. Nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages zwischen Polen und den Sowjets hatte Polen, wenn auch nicht demobilisiert, so doch einen Teil der älteren und jüngsten Jahrgänge auf unbestimmte Zeit beurlaubt, den weitaus größten Teil seiner militärischen Macht jedoch unter den Fahnen behalten und eine Umgruppierung der einzelnen Regimenter insofern vorgenommen, als die besten Regimenter scharf an der deutschen Grenze stationiert wurden. Jetzt beginnt Polen mit aller Gewalt von neuem zu rüsten. Sämtliche Urlauber sind wieder zu ihren Truppenteilen einberufen, ja, man ist noch darüber hinausgegangen und hat fast alles eingezogen und nur wenige für die dürftige Aufrechterhaltung der wichtigsten Kriegsbetriebe notwendigen Facharbeiter zurückgelassen. Selbst die kleinsten Orte sind mit Militär förmlich vollgestopft. Das Straßenbild wird von dem militärischen Element vollkommen beherrscht. Auf den Bahnhöfen in Graudenz, Thorn, Bromberg und Posen wimmelt alles von Soldaten. Auf den Eisenbahnlinien verkehren fast nur noch Truppen- und Munitionstransporte. Die Soldaten sind vollkommen kriegsmarschmäßig ausgerüstet, und wie es den Anschein hat, ist die Disziplin und der Geist der Truppe im Verhältnis zum letzten Sommer wesentlich besser geworden. Offiziere und Soldaten machen keinen Hehl daraus, daß die Vorbereitungen gegen Deutschland gerichtet sind. Dazu schreibt die „Weichselzeitung“: Wir Deutschen in unserer bedrängten Ostmark fordern jetzt mit allem Nachdruck, daß endlich die Berliner Stellen der Gefahr, in der wir uns täglich befinden, Rechnung tragen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln Abhilfe zu schaffen versuchen. Wir fordern eine verstärkte militärische Besetzung der Grenze, denn wir haben ein Recht zu dieser Forderung. Wir fordern an Stelle der haarsträubendsten Schlappheiten, die sich Berlin in dieser Hinsicht bisher geleistet hat, endlich durchgreifende Schutzmaßnahmen. Tut die Regierung das nicht, so wird die Bevölkerung zum Selbstschutz greifen müssen, um sich der Bedrohung ihrer Heimat zu erwehren.

Mit diesem Kommentar schießt freilich die „Weichselztg.“ gewaltig über das Ziel hinaus. Die bürgerliche Presse, soweit sie mehr oder weniger nationalistisch gefärbt ist, kann sich nun einmal keine Vorstellung von den ungeheuren Schwierigkeiten machen, die sich der auswärtigen Politik der deutschen Regierung entgegenstellen, und von den Fesseln, die ihr von den „Siegern“ des Weltkrieges auferlegt sind. Solche Ausführungen müssen immer ein starkes Mißtrauen gegen den Wert der vermutlich zuverlässigen Mitteilungen über die polnischen Heeresrüstungen wecken. Die gemeldeten Tatsachen selbst sprechen aber immerhin eine so gefährliche Sprache, daß der Ernst der Lage ohnehin schwerlich verkannt werden kann.

## Das Ende des Bürgerkrieges in Mitteldeutschland.

**Magdeburg**, 3. April. Die Pressestelle des Oberpräsidiums teilt mit: Im Regierungsbezirk Magdeburg alles ruhig, ebenso in Halle. Regierungsbezirk Merseburg: Es werden noch fortwährend Streifen ausgeführt, die von Erfolg sind. So wurden zwischen Hettstadt und Eisleben noch 44 Personen festgenommen. In Wittenberg ist der Streik abgebrochen. In Liebenwerda alles ruhig. Hier hat eine Radfahrerpatrouille den Haupträdelsführer verhaftet. Die Belegschaft des Eisenwerkes Lauchhammer ist in den Streik getreten, der aber mit den Unruhen nichts zu tun hat. Es handelt sich um eine Lohnbewegung. Im Unstruttale finden andauernd Streifen statt. Die von kommunistischer Seite verbreitete Nachricht, wonach im Leunawerk, in dem noch viele Hunderte von Gefangenen sitzen, Epidemien ausgebrochen und Standgerichte eingesetzt wären, welche Todesurteile fällen und vollstrecken, entbehren jeder Grundlage. Eine dort eingesetzte Kommission, bestehend aus den Reichstagsabgeordneten Krüger, Bauer-Merseburg, Major Fendel und Oberarzt Dr. Nagel haben ihr Gutachten dahin abgegeben, daß keinerlei Epidemien im Lager vorhanden sind und keine Sondergerichte bestehen, bezw. Todesurteile gefällt werden. — Die kommunistische Partei hat heute früh die Genehmigung zur Verteilung eines Flugblattes nachgesucht, das den Generalstreik absagt.

Oberpräsident Hörsing hat im Namen des Reichsentwaffnungskommissars Belohnungen von 1000 bis 20 000 Mark für Ermittelungen ausgesetzt, die zur Aufklärung und Strafverfolgung der bei dem kommunistischen Aufstand in Mitteldeutschland begangenen Verbrechen führen.

**Halle**, 2. April. Die Schupo unternahm gestern mittag eine erfolgreiche Aktion gegen das stark mit Maschinengewehren und Minenwerfern befestigte Dorf Beesenstedt. Nach kurzem heftigen Widerstand der Rotgardisten gelang es der Schupo, unter Einsatz von Artillerie, das Dorf zu nehmen. Die Rebellen ließen viele Tote und Verwundete auf dem Platze, sowie ihre ganze Bagage von 40 bespannten Fahrzeugen und Marineautos.

**Beesenstedt**, 2. April. Die Bande, welche gestern abend in Beesenstedt zum Teil vernichtet wurde, hat sich, verfolgt von der Schutzpolizei, auf anhaltisches Gebiet zurückgezogen. Daselbst wurde der Rest festgenommen. Die heute nordöstlich und nördlich von Halle durchgeführte Streife ergab, daß keine Bandenbildungen mehr angetroffen wurden. Am Montag werden die großen Werke in Mansfeld, Eisleben und die Leunawerke die Arbeit wieder aufnehmen. In Liebenwerda schreitet die Aktion planmäßig weiter. Es wurden heute weitere 12 Aufrührer festgenommen. Im Regierungsbezirk Erfurt alles ruhig. Die kommunistische Flugblattagitation dauert an. Die Festnahme der Kommunisten, welche sich an dieser Agitation beteiligen, dauert fort.

## Der Operettenputsch Karls von Habsburg.

**Wien**, 3. April. Nach Meldungen Wiener Blätter aus Steinamanger sei Exkönig Karl an Halsentzündung erkrankt und müsse das Bett hüten. (?!) Nach Erklärungen von Persönlichkeiten aus der Umgebung des Exkönigs soll dieser immer noch der Abreise Widerstand entgegensetzen, wobei er die Absicht verfolge, die nächste Sitzung der ungarischen Regierung abzuwarten. Der Spezialkorrespondent der „Neuen freien Presse“ hält es jedoch für sicher, daß dieser Widerstand binnen kurzem überwunden werden wird. Die „Neue freie Presse“ erfährt aus Ententekreisen, daß die Abreise des Exkönigs noch im Laufe der heutigen Nacht erfolgen soll. Die Rückreise dürfte, ohne Wien zu berühren, über Neustadt, Bruck, Leoben an die Schweizer Grenze führen.

**Lausanne**, 2. April. Der Staatsrat des Kantons Waadt beschloß, dem Bundesrat mitzuteilen, daß der Exkaiser Karl nicht mehr in Waadt geduldet werden könne, nachdem er seinem ausdrücklichen Versprechen, sich jeder politischen Tätigkeit während seines Aufenthaltes in Prangins zu enthalten, nicht nachgekommen ist. Eine Delegation des Staatsrats begab sich am Freitag nach Bern, um dem Bundesrat von diesem Beschluß Kenntnis zu geben.

**Bern**, 2. April. Die schweizerische Depeschenagentur ist in der Lage, über einen Beschluß des Bundesrats in Sachen der Einreise des Exkaisers Karl folgendes mitzuteilen: Die Reiseerlaubnis wird nach dem Schritte der ungarischen Regierung provisorisch erteilt, weil dadurch der Exkaiser am raschesten die Gebiete der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, da er ein Element der Beunruhigung ist, verlassen kann. Bei dem Eintritt in die Schweiz wird ihm eröffnet, daß die Einreisebewilligung eine provisorische sei, und daß er einen Aufenthalt zu wählen habe, der weder im Grenzgebiet liege, noch eine größere Stadt sei. Durch eine Untersuchung werden die Verhältnisse, unter denen der Exkaiser das Land verlassen konnte, festgestellt, und es wird alsdann der Bundesrat unter vollkommener Freiheit darüber entscheiden, ob ein weiterer Aufenthalt in der Schweiz dem Exkaiser noch gestattet werden kann oder nicht. Selbstverständlich wird sich die Untersuchung auch auf Personen zu erstrecken haben, die bei dem Unternehmen behilflich waren. Auch diesen gegenüber werden die entsprechenden Maßnahmen vorbehalten.

**Wien**, 2. April. Die Verhandlungen zwischen Ungarn und Oesterreich einerseits, sowie Oesterreich und den übrigen in Betracht kommenden Ländern andererseits über die Reise des Exkaisers Karl stehen unmittelbar vor dem Abschluß.

**Wien**, 2. April. Das „Achtuhr-Abendblatt“ meldet, daß die Abreise des Exkaisers Karl entweder bereits im Laufe des heutigen Tages erfolgt oder aber noch vor Mitternacht erfolgen wird. Die Durchreise des Exkaisers durch österreichisches Gebiet werde erst bekannt gegeben werden, wenn der Exkaiser wieder in Prangins angekommen ist.

(Uns will die Schweiz nicht gerade als geeigneter Aufenthalt Karls des Thronlüsternen erscheinen. Wir würden ihn lieber in einer um tausend Meilen größeren Entfernung sehen, damit sein Heim nicht weiter als Mittelpunkt monarchistischer Putschorganisationen dienen kann. D. Red.)

## Sozialisierung der Betriebe.

Diese allgemein gehaltenen Ausführungen über die „Sozialisierungs-Methoden“ der „radikalen“ Bewegung entnehmen wir unserm Hamburger Parteiblatt und glauben wir, daß die Behandlung dieses Problems auch hier besonderes Interesse verdient. D. Red.

Wie aus einem gärenden Sumpfe allerlei Blasen aufsteigen, so tauchen in einer erregten Masse die seltsamsten Vorstellungen und Projekte auf. In der nachrevolutionären Zeit ist es besonders das Problem der Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens, das die Köpfe und Herzen der Proletarier bewegt, und darum darf es uns nicht wundernehmen, daß jedesmal, wenn bei einem Putsche ein größerer Betrieb überrumpelt worden ist, die Absicht zutage tritt, diesen Betrieb zu sozialisieren. Diese „Sozialisierung“ geschieht regelmäßig in folgender typischer Form: Der Betrieb mit all seinem Inventar, seinen Materialien und seinen Anlagen wird beschlagnahmt, der Eigentümer oder der Betriebsleiter wird zum Teufel gejagt und an dessen Stelle wird ein „revolutionärer Aktionsausschuß“ gesetzt, die bisherigen Meister und Obermeister und andere Personen in leitender Stellung werden von ihren Posten entfernt, der Aktionsausschuß ernennt aus den Reihen der Arbeiterschaft neue Leiter, und damit ist die Sozialisierung durchgeführt. Jetzt fängt der sozialisierte Betrieb an zu arbeiten und zu wirtschaften, und die Ueberschüsse fließen nicht mehr in die Taschen des Kapitals, sie kommen vielmehr den Arbeitern des Betriebes zugute. Der Kapitalismus ist überwunden, der Sozialismus oder Kommunismus hat gesiegt, und als Zeichen des Sieges wird die rote Fahne auf dem höchsten Schornsteine aufgepflanzt.

Bekanntlich bedeutet die Sozialisierung die Ueberführung von Betrieben oder Betriebszweigen aus dem Besitz eines Kapitalisten oder einer Kapitalistengruppe in den Besitz der Gesellschaft, die nunmehr die Erzeugung und Verteilung der Gebrauchsgüter selbst übernehmen soll. Genauer ausgedrückt muß man sagen: Die bisherige kapitalistische Unternehmung wird von einer Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft (Reich, Staat, Gemeinde, Genossenschaft) übernommen und im Dienste der Allgemeinheit und zur Förderung des Gemeinwohls weitergeführt. Das würde an sich natürlich ausschließen, daß die Arbeiter und Angestellten eines Betriebes

**die erzielten Ueberschüsse in die eigene Tasche stecken.**

Die neue Methode ist nicht sozialistisch od. kommunistisch, sie ist durchaus kapitalistisch, sie ist ein Gruppenkapitalismus schlimmster Sorte. Sie widerspricht dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit, denn es wäre ein Unrecht, wenn die in einem unter günstigen Bedingungen wirtschaftenden Betriebe tätigen Personen die Ueberschüsse für sich in Anspruch nehmen wollten, während die in ungünstig wirtschaftenden Betrieben Arbeitenden Mangel leiden sollten. Ueberdies ließe sich auch die Frage aufwerfen, wer denn eine eventuelle Unterbilanz decken, ob vielleicht die Allgemeinheit einspringen soll, die doch von den Ueberschüssen nichts bekommt. Man braucht diese Frage nur zu stellen, um sofort zu erkennen, daß das, was die revolutionären Aktionsausschüsse machen, eine grauenhafte Verballhornung des Sozialismus und Kommunismus ist.

Bei näherer Betrachtung des Sozialisierungsproblems ergibt sich die leider noch viel zu wenig beachtete Tatsache, daß die Sozialisierung zwei Seiten hat. Zunächst ist sie ein einmaliger Akt, ein Gewalt- oder Rechtsakt, insofern sie die Enteignung der Eigentümer, die Entkapitalisierung eines Betriebes bedeutet, ein Vorgang, der sich in kürzester Zeit, gewissermaßen im Handumdrehen, vollziehen kann. Sodann ist sie die innere Umwandlung eines Betriebes in der Richtung zum Sozialismus oder Kommunismus, die Beseitigung des kapitalistischen Wirtschaftsgeistes aus den Betrieben und seine Ersetzung durch einen neuen Geist, also ein Entwicklungsvorgang, der Zeit und Arbeit und Geduld erfordert. Die äußere Sozialisierung, die Uebernahme der Produktionsmittel, muß ergänzt werden durch die innere Sozialisierung, die Ausgestaltung des Betriebes nach sozialistischen oder kommunistischen Grundsätzen. Es genügt nicht, daß die Produktionsmittel entkapitalisiert werden, auch die Menschen, die an den Produktionsmitteln arbeiten, müssen sozialisiert werden. Es muß ein ganz neuer Geist in die Betriebe einziehen, das Zusammenarbeiten und Zusammenleben innerhalb des Betriebes muß auf eine neue Grundlage gestellt werden. Daß diese Umwandlung nicht geschehen kann durch Gewalt oder Zwang, durch Terrorismus oder Diktatur, durch Handgranaten oder Revolver, weiß heutzutage jedes Kind, nur „die Männer der Tat“ haben keine Ahnung davon. Sie sind kindischer als die Kinder, weil sie sich keine Gedanken darüber machen, was denn eigentlich geschehen soll, wenn sie einen Betrieb beschlagnahmt haben. Wie hypnotisiert starren sie auf die „Expropriation der Expropriateure“, ohne zu ahnen, daß damit die Sozialisierung erst anfängt.

**Es ist eigentlich jammerschade, daß man den revolutionären Aktionsausschüssen nicht die Möglichkeit gibt,**

**die Sozialisierung der Betriebe praktisch durchzuführen,**

**und sich dabei unsterblich zu blamieren.** Diese Leute haben ja keine Ahnung von dem Wesen eines Betriebes, sie wissen gar nicht, was ein wirtschaftliches Unternehmen bedeutet. Sie fassen die Sache rein mechanistisch auf, indem sie meinen, ein Betrieb sei lediglich eine Fabrik mit Maschinen, Anlagen, Rohstoffen usw., während er in Wirklichkeit ein lebensvoller Organismus und zugleich eine Zelle in dem großen Organismus ist, den wir Wirtschaftsleben nennen. Die innere, geistige und seelische Struktur eines Betriebes ist ihnen ein Buch mit sieben Siegeln, sie denken nicht daran, daß zu einem Betriebe auch Kredit und Absatzmöglichkeit gehört. Die Kundschaft ist die Lebensquelle eines Unternehmens. Was nützte es einem gewaltsam sozialisierten Betriebe, wenn er imstande wäre, allerlei Gebrauchsgegenstände herzustellen, wenn sich aber keine Abnehmer dafür finden? Glaubt man wirklich, daß die Kapitalisten einem solchen Betriebe Waren abkaufen würden, oder will man sie etwa zwingen, Waren zu kaufen, die sie nicht haben wollen oder vielleicht gar nicht gebrauchen können? Diese Fragen mögen uns die „Männer der Tat" doch einmal beantworten.

Man mag die Sache drehen und wenden, wie man will, es bleibt dabei, daß das Sozialisierungsproblem ein verzwicktes Ding ist, eine knifflige Frage, die nicht durch Gewalt und nicht von kommunistischen Wirrköpfen gelöst werden kann. Zu ihrer Lösung gehört mehr als der Wille zur Tat, es gehört dazu auch Erfahrung und Sachkunde, Pflichtbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl, kurz, eine technische, geistige und sittliche Tüchtigkeit, die nicht durch revolutionäre Redensarten und revolutionäre Taten ersetzt werden kann. Die Sozialisierung ist nicht nur eine Frage des Willens, sondern auch des Kennens und Könnens. Dies sehen die vernünftigeren Kommunisten auch ein und deshalb rücken sie von ihren Genossen, mit denen sie nur den Namen gemein haben, mit einem hörbaren Ruck ab, wobei man ihnen den Vorwurf leider nicht ersparen kann, daß dies Abrücken etwas reichlich spät kommt. Von den Gewalttaten und Blutopfern, die mit einer solchen „Sozialisierung" verbunden sind, ganz zu schweigen.

Die Mehrheitssozialdemokratie hat alle Veranlassung, gegen die gewaltsame, überstürzte Sozialisierungsmethode der Moskowitterleute einen entschiedenen Protest einzulegen. Das Vorgehen dieser übergeschnappten Leute, worunter sich zweifellos zahlreiche bezahlte Subjekte befinden, ist weiter nichts als eine **Verschofelung des Sozialisierungsgedankens**, es bietet den Gegnern die beste Gelegenheit, das Sozialisierungsproblem lächerlich zu machen. Es tut einem in der Seele weh, wenn man sehen muß, wie mit dem Kerngedanken des Wirtschaftssozialismus Schindluder getrieben wird. Den meisten dieser Verschofelungspraktiker muß man wohl mildernde Umstände zubilligen, denn die Unwissenheit und Kurzsichtigkeit ist noch viel zu weit verbreitet. Den führenden „Köpfen" aber muß man zurufen: „Möget ihr für eure verräterische Tätigkeit bezahlt werden oder nicht, besser und nachhaltiger könntet ihr der Menschheit den Sozialismus und Kommunismus auch nicht verekeln, wenn ihr dafür bezahlt bekämet." Das ist das Urteil der Gegenwart, und auch die Zukunft wird sich diesem vernichtenden Urteil anschließen.

# Die Sondergerichte in Deutschland.

Im „Reichsanzeiger" wird die Verordnung des Reichspräsidenten über d[ie] Bildung außerordentlicher Gerichte zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung) veröffentlicht. Die außerordentlichen Gerichte treten in Bezirken zusammen, in denen die Wiederherstellung der Ordnung einem Regierungskommissar oder einem Militärbefehlshaber übertragen ist, ferner in Gegenden, in denen der Ausnahmezustand nicht verhängt ist, in denen jedoch bestimmte strafbare Handlungen (siehe unten) verübt worden sind. Das außerordentliche Gericht besteht aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern; die Vertreter der Anklagebehörde werden durch den Präsidenten des Landgerichts, in dessen Bezirk das Gericht seinen Sitz hat, aus zum Richteramt befähigten Personen berufen.

Die außerordentlichen Gerichte sind zuständig: 1. Für Verbrechen des Hoch- und Landesverrats, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, Raub und Erpressung, sowie gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen (Brandstiftung, Zerstörung von Eisenbahnanlagen, Gefährdung von Telegrapheneinrichtungen usw.). 2. Für die Verbrechen und Vergehen der §§ 211—215 des St.-G.-B. (Mord, Totschlag usw.). 3. Für die Verbrechen und Vergehen gegen das Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884. 4. Für die Verbrechen und Vergehen gegen das Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. August 1920, soweit die Tat nach dem 10. März 1921 begangen oder fortgesetzt worden ist.

Fälle, deren schleunige Erledigung keine Bedeutung hat oder undurchführbar ist, sind im **ordentlichen** Verfahren zu erledigen.

Die Vernehmung eines Festgenommenen durch den Vorsitzenden des außerordentlichen Gerichts hat spätestens am Tage nach seiner Verhaftung zu erfolgen. Wird die Festnahme für nicht gerechtfertigt gehalten, so ist Freilassung anzuordnen; andernfalls ergeht ein Haftbefehl. Gegen die Entscheidung des **Vorsitzenden** des außerordentlichen Gerichts über den Erlaß eines Haftbefehls und die Fortdauer der Haft ist die Beschwerde zulässig; hierüber entscheidet das außerordentliche Gericht endgültig. Eine gerichtliche Voruntersuchung findet nicht statt. Gegen die Entscheidung des außerordentlichen Gerichts ist kein Rechtsmittel zulässig. Ueber Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens entscheidet das im ordentlichen Verfahren zuständige Gericht. Die Wiederaufnahme zugunsten des Verurteilten findet auch dann statt, wenn Tatsachen oder Beweismittel beigebracht sind, die es notwendig erscheinen lassen, die Sache im ordentlichen Verfahren nachzuprüfen.

Die Strafvollstreckung erfolgt durch die Anklagebehörde. Die Todesstrafe wird auf Ersuchen der Anklagebehörde von der Militärbehörde durch Erschießen vollstreckt. Die Vollstreckung ist erst dann zulässig, wenn die Entschließung des Reichspräsidenten ergangen ist, von dem Begnadigungsrechte keinen Gebrauch machen zu wollen. Die Tätigkeit der außerordentlichen Gerichte endet mit der Außerkraftsetzung dieser Verordnung.

Der „Vorwärts" schreibt dazu: „Die Einrichtung der Sondergerichte entspringt zunächst der technischen Erwägung, daß eine solche Flut von Straftaten, wie sie in der letzten Zeit wieder hereingebrochen ist, von den ordentlichen Gerichten gar nicht bewältigt werden kann und daß eine Verschleppung der Verfahren auch nicht im Interesse der Angeklagten selbst liegt. Das nicht zu überwindende Bedenken gegen sie besteht aber darin, daß die Angeklagten durch sie so gut wie aller **Rechtsmittel der Verteidigung verlustig** gehen, so daß nicht wiedergutzumachende Fehlurteile nicht zu vermeiden sind. Es muß daher ein Weg gefunden werden, der die rasche Erledigung der schwebenden Strafverfahren ermöglicht, ohne die Angeklagten der Rechtsmittel, die ihnen die Strafprozeßordnung zubilligt, zu berauben.

Zurückgewiesen werden muß es aber, wenn aus parteipolitischen Gründen für alle Härten, die bei der Abwehr des kommunistischen Gewaltstreichs mitunterlaufen, im Amt befindliche Mitglieder unserer Partei verantwortlich gemacht werden. Immer wieder nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Putsche fällt unserer Partei die verzweifelt schwere Aufgabe zu, ein Sichüberschlagen der Bewegung in ein reaktionäres Gewaltregiment zu verhindern, und dabei fehlt es niemals an Leuten, die bereit sind, auch schon jede berechtigte und notwendige Abwehr gewalttätiger Angriffe ohne weiteres für „weißen Terror" zu erklären. Zum Schluß werden dann die im Amte befindlichen Sozialdemokraten als „Arbeiterverräter" und „Bluthunde" hingestellt, bloß weil sie ihrer Pflicht, die Allgemeinheit vor verbrecherischen Anschlägen einer kleinen Minderheit zu schützen, nicht untreu geworden sind.

In früheren Zeiten sind gewisse Teile der Arbeiterschaft auf solche Manöver immer wieder hineingefallen. Heute wird für manche von ihnen vielleicht der Name Lipinski genügen, um sie zu genauerem Nachdenken zu veranlassen: auch der sächsische Minister des Innern, der ein Unabhängiger ist, hat heute dieselben Pflichten zu erfüllen, wie die beamteten „Rechtssozialisten", und ein Unterschied zwischen seiner Amtsführung und der ihren ist nicht wahrzunehmen. Will die Arbeiterschaft an der politischen Macht teilhaben und dadurch ihren weiteren Aufstieg vorbereiten, statt der Reaktion die Macht zu lassen, dann muß sie auch bereit sein, durch ihre in öffentliche Aemter entsandten Vertrauensmänner **die Ordnung zu schützen und das Verbrechen zu bekämpfen — auch dann, wenn es sich in ein scheinrevolutionäres Mäntelchen hüllt."**

## Sozialdemokratischer Protest gegen die Verteuerung des Zeitungspapieres.

Den V. P. N. geht folgender Protest der sozialdemokratischen Presse gegen die Verteuerung des Zeitungspapiers zu:

**Der am 31. März d. Js. in Berlin versammelte Beirat** der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Presse hat mit Empörung von der abermaligen ungeheuren Verteuerung des Zeitungspapiers vom 1. April d. Js. ab Kenntnis genommen. Er ist der Auffassung, daß die Regierung unter völliger Verkennung der Aufgaben und der schwierigen Stellung des Zeitungsgewerbes in ganz unberechtigter Weise durch diese Preiserhöhung den Papierfabrikanten auf Kosten der Zeitungsleser und Inserenten neue Millionen zugeschanzt hat. Der Beirat spricht deshalb den vom Zeitungsverlegerverein in dieser Richtung am 30. März zu Hannover aufgestellten Forderungen seine volle Zustimmung aus und macht sich diese in jeder Form zu eigen. Der Beirat ist weiter der Ansicht, daß durch die horrende Preissteigerung ganz besonders die sozialdemokratische Parteipresse bedroht wird, die die Bewirtschaftungsmaßnahmen der Regierung immer unterstützt hat. Er erwartet von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß diese in entschiedenster Weise gegen die Preissteigerung Stellung nimmt und sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln verhindert.

## Die Doppelzüngigen.

**Am Mittwoch, den 30. März, veröffentlichte die „Rote Fahne" einen Aufruf an die Beamten der Schutzpolizei**, in dem den Sicherheitssoldaten verheißen wurde: „Ihr sollt nach unserem Sieg die **Kerntruppe der Roten Armee bilden** . . . Es lebe die revolutionäre **Verbrüderung der A[r]beiter und Sicherheitssoldaten!"**

Am Donnerstag, den 31. März, schreit der kommunistische Stadtverordnete **Dörr** in die Berliner Stadtverordnetensitzung: „Es wird mir mitgeteilt, daß sich **Sicherheitspolizei** im Hause aufgehalten hat. Wir lehnen es ab, daß wir uns unter den Schutz von **Mördern, Mordbrennern und Räubern** stellen."

**Am Mittwoch: „Kerntruppen der Roten Armee", am Donnerstag: „Mörder, Mordbrenner, Räuber!" . . . Verzeihung, wie soll man das verstehen? Sollen in der Roten Armee Mörder, Mordbrenner und Räuber die Kerntruppen bilden? Oder ist Herr Dörr plötzlich geisteskrank geworden? Oder hat die „Rote Fahne" einfach geheuchelt? Wir lassen unsern Lesern die Auswahl.**

## Polnische Finanzministerkrise.

**Polnische Finanzministerkrise.** Neuerdings haben sich Meldungen verbreitet, daß der polnische Finanzminister Steczkowski sich mit Rücktrittsabsichten trage. Tatsächlich besteht eine beiderseitige Mißstimmung. Die Wünsche Steczkowskis nach einer Reorganisation der Verwaltung zu Ersparniszwecken und nach einer energischen Unterstützung der werteschaffenden Wirtschaftskreise sind unerfüllt geblieben; es ist auch diesem tüchtigen Fachmann nicht gelungen, das Wunder einer Besserung der polnischen Finanzen zuwege zubringen und eine neue Notenemission zu vermeiden. Auch die Angelegenheit der im Rigaer Vertrage getroffenen Finanzvereinbarungen spielt bei den Rücktrittsgerüchten über Steczkowski mit. Der Ministerpräsident Witos ist bemüht, angesichts der fachmännischen Bedeutung Steczkowskis, die Krise beizulegen, obgleich er selber als Parteimann wegen Steczkowskis Zurückhaltung bei der Finanzierung der Güteraufteilung ihm entgegengesetzt ist. Die Lösung dieses Konfliktes dürfte von erheblichem Einfluß auf den weiteren Kurs der Staatswirtschaft Polens sein.

---

# Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber

37) (Fortsetzung.)

[illegible] mit der Schönheit! 's erste Kindsbett nimmt die oft mit fort, dann hast n' Schleppsack af'n Hals, oder n' leeren, kein Kind bist nimmer. Die Geschichten, was mir als klein angehört hab'n, wo Bettel[mensch]'n von Kaisern und Königen heimgeführt worden sein, die haben sich im Fabelland zugetrag'n; daß aber der Sternsteinhof weit außerhalb'n von selbem liegt, das brauch' ich dir wohl nit erst z'sag'n!" Er erhob sich und strich mit der flachen Hand über das Tischtuch. „Nu is 's genug! Schlag' dir die Dummheit aus'm Kopf!"

„Das geht nit an," sagte der Bursche. „Ich muß dir noch was [illegible]." Er [illegible] die Beine auf dem Sitze auseinander, beugte sich vor und sah starr nach dem Salzfasse, während er langsam sprach: „Wenn ich auch die Dirn sitzen lassen möcht', was mir nit einfallt, so braucht sie's nit zu leiden. Sie hat's schriftlich."

„Was, schriftlich?"

„Mein Eheversprechen."

„Dein Eheversprechen?" lachte höhnisch der Alte. „Ja, bist denn du in Jahren, wo du ohne meine Einwilligung ein's geben kannst? [illegible] ich sag' dir, [illegible] der Dirn vom Hof! So aber hat [illegible] von der [illegible] gar kein' Giltigkeit [illegible] dir die Dirn [illegible] dann kannst du dir [illegible] und sie muß sich [illegible] wenn's auch [illegible] Leut' [illegible]."

„Ich geb' keinen [illegible] schriftlich oder mündlich [illegible] halt' mein Wort."

„[illegible] der Sternsteinhofbauer [illegible] mit der Faust auf den Tisch [illegible] du dich nun [illegible] zu treffen [illegible] [illegible] [illegible] werden [illegible] Stückel [illegible]

[illegible] dich [illegible] 's letzte sein!"

„Daß 's letzte sein wird, dafür laß nur mich sorgen, aber 's Dreinschicken das is deine Sach'. Bisher hab ich dir allein Unbesonnenheiten und dumme Streich' nachg'sehen gehabt, gestern aber hast dich offen gegen mein' Willen — gegen deines leiblichen Vaters Willen — aufgelehnt! Ich denk', du hast noch z'wollen, wie ich will und drum frag' ich dich hiez, und mein' dir's gut: Heirat'st du seinerzeit, die ich dir bestimm' und gibst von heut' all'n Verkehr mit der Dirn da unten auf?"

„Da drauf sag' ich dir eben so kurz, daß ich kein' andere heirat' und 'n Verkehr mit derer Dirn nit laß'! Verhalt' mich dazu, wann d' kannst! Sperr' mich ein, so brech' ich dir aus. Tu' was du willst, so find' ich mein' Weg zu ihr und dort mein Bleiben."

Der Sternsteinhofbauer fuhr mit beiden Fäusten nach der Brust und schüttelte sich an der Jacke. Nachdem er eine Weile nach Atem gerungen, sagte er langsam und leise, doch dröhnte jedes Wort hallend nach: „Merk dir's gut, was d' mer gesagt hast! Du nehmst kein' andere und vom Verkehr mit derer Bettldirn vermöcht' ich dich nit abzubringen!"

Toni nickte trotzig mit dem Kopfe.

„Du hast mir heraus," fuhr der Alte fort, „[illegible] Gehorsam aufg'sagt. Versteh mich wohl! Es darf dich daher gar nit wundern, wann ich meine Hand von dir [illegible]. Da drauf [illegible] nur gefaßt!"

Er ging aus der Stube.

Der [illegible] diesmal [illegible] alle Male, [illegible] wenn er [illegible] davonging? Freilich die Sache war [illegible] und gleich, so auf das erste Wort hin. [illegible] Doch [illegible] kommt [illegible] so alt, bis er es [illegible] mit ihm [illegible] heute, [illegible]

[illegible]

daß er beobachtet wurde, so sah er mit herausfordernden Blicken hinter sich.

Als er in der Zinshoferschen Hütte die Dirne, die auf seinem Schoße saß, in den Armen hielt, da vergaß er ganz, warum er eigentlich gekommen, und erst auf die Nachfrage Helenes erzählte er, was vorgefallen war; da die beiden Frauenzimmer doch etwas ängstlich dareinsahen, so beruhigte er sie, es stünde ja alles ganz gut, würde nur immer besser werden, anders könne er es selber nicht sagen.

Während er unten im Dorfe saß, fand sich der Käsbiermartel oben auf dem Sternsteinhofe ein.

„Ich komm mich über dein' Bub'n beklagen," war sein erstes Wort, als er den Bauern erblickte.

„Ich weiß eh' alles," murrte der.

„Wann d' eh' alles weißt," fuhr der Käsbiermartel fort, „so weißt auch, daß 's hißt mit unserer Verschwiegerung nix mehr sein kann."

„Warum nit?" brauste der Sternsteinhofbauer auf. „Is dir mein Bub etwa mit einmal z' schlecht, oder dein' Dirn zu rar?!"

Der Käsbiermartel sah ihn groß an, dann sprach er langsam, die verkniffenen Lippen nicht als sonst bewegend, als spräche er Brocken, die er vorher noch ein wenig glätten wollte: „Wann d' mer so kommst, dann, frei h'raus, ja!"

„Käsbiermartel!"

„Sternsteinhofer! Was willst? Is mer gleich dein Bub z' schlecht, so bleibst doch du mir recht. Davon is der Beweis, daß ich heut schon da bin. D' Verschwiegerung aufsag'n, hätt' Zeit g'habt, das geht mir nit so nah, wie ich auch siech (sehe), daß 's dir nit nah'geht. Aber wann d' dein Sohn von d' Soldaten frei kriegen willst, so wär' jetzt d' höchst' Zeit, daß ich geh' a gut' Wort einleg'n und du . . ." Er machte eine allgemein verständliche Bewegung mit Daumen und Zeigefinger.

„Spar du dir d' guten Wort', ich spar's andere."

„Was meinst?"

„Daß ich mich für dein Freundlichkeit bedank', aber kein' Gebrauch davon mach'."

(Fortsetzung folgt.)

# Danziger Nachrichten.

## Unsere Butter-Not.

Zu der in der Bevölkerung infolge der monatelang ausgebliebenen Verteilung von Butter naturgemäß entstehenden Frage, warum es keine Butter gibt, nimmt jetzt das Wirtschaftsamt Stellung, indem es als Ursache unserer Butternot folgendes mitteilt:

„Wie bekannt, geht im Oktober die Milcherzeugung im Freistaat sprungweise zurück, so daß die Aufbringung auch nur der Frischmilch für Säuglinge im Winter die größten Schwierigkeiten macht. Während dieser Zeit wird sämtliche erfaßbare Milch aus dem Freistaat nach Danzig und in die anderen Städte des Freistaates geleitet, um den Frischmilchbedarf zu decken. Butter wird fast gar nicht erzeugt; die ganz geringen aufkommenden Mengen werden zur Versorgung der Krankenanstalten benötigt. Erst vom Frühjahr ab kann mit einer gewissen Buttererzeugung wieder gerechnet werden. Dabei ist es selbstverständlich, daß die Landwolkereien von den ersten Buttereingängen zuerst einmal die versorgungsberechtigten Bewohner ihres Ortes und des Landkreises befriedigen, da auch diese Personen den ganzen Winter über Butter auf Karten nicht erhalten haben. Erst ein gewisser Ueberschuß nach Deckung des ersten Bedarfs kommt nach Danzig zur Verteilung. Die Zentralstelle in Danzig hat jedoch nicht nur die Verteilung für die Stadt Danzig selbst, sondern auch für die Vorstädte. Da Danzig bei Abschluß der vorjährigen Butterverteilungsperiode zuletzt beliefert war, mußten jetzt zuerst die Vorstädte und auch Zoppot und Oliva beliefert werden. So kommt es, daß die Bewohner der Innenstadt Danzigs diesmal sehr lange warten müssen.

Um davon ein Bild zu geben, welche Mengen von Butter bezw. Milch für die versorgungsberechtigte Bevölkerung erforderlich sind, sei folgendes angeführt:

Die Zahl der Fettversorgungsberechtigten im Freistaat beträgt etwa 230 000. Wenn diese ¼ Pfund Butter in der Woche erhalten sollen, ist, da zurzeit zur Herstellung von 1 Pfund Butter mindestens 17 Liter Milch notwendig sind, die Verbutterung von täglich etwa 65 000 Liter Frischmilch erforderlich.

Es kommt noch hinzu der Frischmilchbedarf, der zurzeit in Danzig und Vorstädten etwa 25 000 Liter täglich beträgt, trotzdem die Milcheingänge nach dem Abkalben der Kühe sehr stark gestiegen sind, ist es doch nicht möglich, derartige Milchmengen zur Verwertung aufzubringen.

Von den in Danzig eingehenden Milchmengen werden zurzeit nur ganz geringe Teile verbutiert, da in erster Linie diejenigen Milchkartenberechtigten, die den Winter über nichts erhalten haben, mit Frischmilch versorgt werden müssen. Als Ersatz für die lange Entbehrung im Winter erhalten zurzeit sämtliche Inhaber von ¼-Liter-Karten einen halben Liter Milch. Aus diesen Ausführungen ergibt sich, daß die in Danzig gewonnene Butter nicht entfernt ausreicht, eine Verteilung von Butter vorzunehmen.

Als richtig ist festgestellt, daß infolge mangelnder Organisation in Kalthof ein gewisser Butterüberschuß vorhanden ist. Es ist dafür Sorge getragen, daß die Kartenberechtigten in Kalthof nicht besser gestellt werden als die Danziger Bevölkerung. Zugegeben muß werden, daß **Butter sich in großer Menge im Schleichhandel befindet.** Meist stammt die Butter von kleineren Besitzern, besonders Einkuhhalter, die niemals so scharf kontrolliert werden können, daß es ihnen nicht gelänge, einen Teil ihrer Milcherzeugung zu verheimlichen und als Butter auf den Markt zu bringen. Da im allgemeinen eine Scheu vor einer Rechtsverletzung nicht mehr besteht und der Schleichhandelspreis lockt, kann ein derartiger Schleichhandel selbst bei schärfster, Unsummen kostender Kontrolle nicht verhindert werden, es sei denn, daß das Publikum selbst auf den Schleichhandel verzichtet und die Schleichhändler zur Anzeige bringt. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft dürfte, da sodann die Nachfrage noch mehr steigen würde, der Preis für Butter stark in die Höhe gehen, um erst nach Erreichung des Welthandelspreises für Butter, der augenblicklich etwa 29—30 Mark beträgt, zum Stillstand zu kommen. Damit wäre aber dem größten Teil der Verbraucher, die sich Butter zu solchen Preisen nicht kaufen können, nicht gedient, wohl aber durch Aufhebung der Zwangswirtschaft die Versorgung der Säuglinge mit Milch aufs schwerste gefährdet."

Im Grunde genommen sagt das Wirtschaftsamt in dieser „Entschuldigung" der äußerst mangelhaften Butterversorgung nichts Neues. Nicht ganz zutreffend ist es aber, wenn in diesen Ausführungen die Lage so dargestellt wird, als wenn in den vergangenen Wintermonaten überhaupt keine Butter erzeugt worden ist. Der Schleichhandel war jedenfalls in der Lage, die zahlungskräftigen Abnehmer in der gewünschten Weise mit Butter zu versorgen. Neben den andern natürlichen Ursachen unserer öffentlichen Butternot hat der Schleichhandel derart um sich gegriffen, daß er in Zeiten des Mangels die gesamte Buttererzeugung auffängt und nur in den günstigsten Zeiten der Milchwirtschaft der öffentlichen Erfassung die Buttermengen übrig läßt, die im Schleichhandel nicht mehr untergebracht werden können. Wenn das Wirtschaftsamt als Ursachen des wachsenden Schleichhandels die gesunkene Scheu vor Rechtsverletzungen und die Lockungen auf Gewinn angibt, so muß festgestellt werden, daß die Behörden durch die milden Bestrafungen der gefaßten Wucherer und Schleichhändler selbst zum größten Teil zur Beseitigung der Scheu vor Rechtsverletzungen beigetragen haben. Die noch notwendige Zwangswirtschaft wird nur dann erfolgreich aufrechterhalten werden können, wenn die Behörden gerade in dieser Hinsicht mehr als bisher ihre Pflicht tun. Unsere Butterversorgung wird sich dann auch in den schlechten Zeiten der Milchwirtschaft bedeutend günstiger durchführen lassen.

### Die Notlage der Invaliden.

Die Invaliden hielten gestern, Sonntag, in der Turnhalle Kehrwiedergasse eine vom Invalidenverband einberufene zahlreich besuchte Versammlung ab. Die Versammlung nahm eine Resolution an, die dem Senat und Volkstag unterbreitet werden soll. Wir geben daraus folgendes wieder:

„Die Invaliden, Witwen und Waisen Danzigs werden durch Erhöhung der wichtigsten Lebensmittel- und allernotwendigsten Bedarfsartikelpreise in eine schreckliche Notlage und Verelendung hineingetrieben, die an Verzweiflung grenzt. Die kargen Rentenbezüge reichen nicht annähernd, um sich täglich einmal zu sättigen. Kleidung und Schuhzeug sind abgerissen, und viele von uns haben nicht mehr ein Hemde auf dem Leibe. Unser Leben im Freistaat ist nicht wert, gelebt zu werden. Die verschiedenen Notschreie, worin Behörde und Allgemeinheit an ihre unabwendbare Pflicht den Arbeitsveteranen gegenüber erinnert werden, haben bisher nichts bewirkt.

**Die Versammlung ersucht Senat und Volkstag schleunigst Mittel zur Verfügung zu stellen, um für die Invaliden, Witwen und Waisen billige Lebensmittel und Bekleidung zu beschaffen."**

Die Versammlung ersucht ferner, beschließen zu wollen, daß ihre beiden 1. Vorstände (wie in allen größeren Städten Deutschlands), in das hiesige Wohlfahrtsamt als stimmberechtigte Mitberater und Ermitteler zur besseren Abwicklung der Geschäfte im Interesse der Invaliden, Witwen und Waisen bestellt werden und begründet diese Forderung damit, daß ihre führenden Leidensgenossen mehr Mitgefühl, Erfahrung und Verständnis für die Notlage der Invaliden haben, als die jetzt gut bezahlten Beamten und Beamtinnen dieser Behörde.

Die Versammlung erwartet, daß diese Eingabe auf die nächste Tagesordnung des Volkstages zur schleunigen Erledigung gesetzt wird und den Invaliden, Witwen und Waisen Hilfe und Erlösung aus dieser furchtbaren, verzweifelten Notlage wird.

**Die Anmeldungen zur Fortbildungsschule.** Im Anzeigenteil unserer Zeitung weist der Magistrat auf das Ortsstatut für die Handwerker- und Fortbildungsschule und damit auch auf die für die Arbeitgeber bestehende Verpflichtung zur Anmeldung der fortbildungsschulpflichtigen männlichen Jugend innerhalb 6 Tagen hin. Von zuständiger Seite werden wir gebeten darauf hinzuweisen, daß gerade in der letzten Zeit sich dieser Verpflichtung gegenüber eine gewisse Gleichgültigkeit gezeigt hat. Wenn derartige Unterlassungen nach Monaten aufgedeckt werden, sind die Arbeitgeber gewöhnlich sehr entrüstet, wenn es zu Strafvollstreckungen kommt. Es wird dann Unkenntnis des Gesetzes vorgeschützt, insbesondere auch darauf hingewiesen, daß es sich um keinen Lehrling, sondern um einen Laufburschen oder Arbeitsburschen handelt. Man sucht sich ferner damit zu entschuldigen, daß die jungen Leute nur auf Probe oder zur Aushilfe angenommen seien, oder es wird die Schuld auf die schulpflichtigen Jungen geschoben, die sich nicht angemeldet haben, trotzdem sie den Auftrag dazu hatten. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß nach den Vorschriften des Gesetzes und Entscheidungen höchster Gerichtshöfe die Schulpflicht auch besteht, wenn die Annahme nur auf Probe oder zur Aushilfe erfolgt ist. Die Anmeldung muß erfolgen, gleichviel, ob es sich um einen Lehrling oder um einen Lauf- und Arbeitsburschen handelt. Sodann besteht die Verpflichtung zur Anmeldung für den Arbeitgeber. Selbstverständlich kann er die schulpflichtigen jungen Leute damit beauftragen, jedoch muß er sich dann auch vergewissern, ob die Anmeldung tatsächlich erfolgt ist. Endlich dürfte der Grundsatz doch ganz allgemein bekannt sein, daß Unkenntnis des Gesetzes nicht vor Bestrafung schützt.

**Beilegung des Streiks im Speditionsgewerbe.** Am Sonnabend geführte ausgedehnte Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Möbelspeditionsgewerbe haben unter teilweiser Bewilligung der Forderungen der Arbeiter zu einer Einigung geführt. Die Arbeit ist in allen Betrieben heute früh wieder aufgenommen.

**Eine Erhöhung der Verpflegungssätze in der Hebammenlehranstalt** wird im „Staatsanzeiger" veröffentlicht. Die täglichen Verpflegungssätze betragen in der Hebammenlehranstalt und Frauenklinik in Danzig-Langfuhr nunmehr in Klasse 1 : 60 Mk., in Klasse 2 : 30 Mk., und in Klasse 3 : 15 Mark täglich. Außerdem wird in Klasse 1 und 2 eine einmalige Gebühr für Arzneimittel, Verbandstoffe usw. von 30 Mk. erhoben. — Für Säuglinge sind nach Entlassung der Mutter aus der Anstalt in Klasse 1 und 2 : 6 Mk., in Klasse 3 : 3 Mk. täglich zu zahlen. — Von Ausländern aus Staaten mit einer der deutschen überlegenen Valuta wird ein besonderer Aufschlag zu den Verpflegungssätzen von 200 Prozent erhoben. Die neuen Verpflegungssätze treten bei Neuaufnahmen sofort, bei den in der Anstalt befindlichen Personen vierzehn Tage nach Bekanntgabe dieser Verordnung in Kraft.

**Erfolge bei den Kaufmannsgerichtswahlen.** Daß der freigewerkschaftliche Gedanke auch in den Kreisen der Angestellten mehr und mehr Boden gewinnt, beweist am besten das bisherige Ergebnis der Kaufmannsgerichtswahlen. So sind in 50 Orten bisher 599 Beisitzer gewählt worden. Davon erhielt der Zentralverband der Angestellten 209, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 190, der Gewerkschaftsbund der Angestellten 122, verschiedene Verbände und vereinigte Listen 78 Beisitzer. Gerade die letzten Tage bringen für den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband Niederlage auf Niederlage. Es sei nur Emden (Z. d. A. 5, D. H. V. 0), Lehe (Z. d. A. 4, D. H. V. 0), Chemnitz (Z. d. A. 15, D. H. V. 11), Kiel (Z. d. A. 10, D. H. V. 0), Dresden (Z. d. A. 18, D. H. V. 15) genannt. Vergleicht man mit diesen Resultaten die Wahl vor dem Kriege, wo der Zentralverband in Kiel mit nur 2, in Chemnitz mit nur 3 Beisitzern, in vielen Orten überhaupt nicht vertreten war, so kann man schon jetzt sagen, daß der freigewerkschaftliche Gedanke erfreulich im Wachsen begriffen ist.

**Polizeibericht vom 3. und 4. April 1921.** Verhaftet: 17 Personen, darunter 3 wegen Diebstahls, 1 wegen Unterschlagung, 2 wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und tätlichen Angriffs, 1 wegen Hausfriedensbruchs, 1 wegen unerlaubten Handels, 1 wegen Bettelns, 7 in Polizeihaft. — Obdachlos: 1 Person.

## S. P. D. Parteinachrichten.

**Vertrauensleute des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt.**

Am Mittwoch, den 6. April, abends 6½ Uhr, in der Aula Heilige Geistgasse 111:

**Große Vertrauensmännersitzung.**

Erscheinen sämtlicher Betriebsvertrauensleute und Parteifunktionäre ist erforderlich.

**Der Diskutierabend des Sozialdemokratischen Vereins** findet heute (Montag), abends 6 Uhr, im Parteibureau 4. Damm 7, 3 Tr., statt. Frauengruppe 5 Uhr.

### Standesamt vom 4. April 1921.

**Todesfälle:** Tischler Johann Wind, 56 J. 10 M. — S. d. Arbeiters Walter Hahn, 8 M. — Witwe Wilhelmine Isendyck geb. Otto, 67 J. 5 M. — S. d. Schiffers Artur Hirsch, 4 M. — Schuhmacher Valentin Bieder, 30 J. 1 M. — Frau Ernestine Dzuck geb. Scholz, 62 J. 8 M. — Frau Elisabeth Kobilewsky geb. Raddatz, 43 J. 5 M. — Frau Margarete David geb. Kraft, 30 J. 8 M. — T. d. Arbeiters Bruno Wallner, 8 W. — Unehelich: 1 Tochter.

# Kunst und Wissen.

## Frieda Kwast-Hodapp.

Frieda Kwast-Hodapp löste gestern abend in der Aula der Technischen Hochschule ihr Versprechen ein, das sie vor Wochen nicht halten konnte, weil den Polen in Gr. Beschpol ihre Pässe nicht gepaßt hatten und beschenkte, reich umjubelt, im Rahmen der Konzerte des „Danziger Orchester-Vereins" einen Klavierabend, der sich würdig ihren früheren Künstlergroßtaten anreihte. Freilich war ihr Programm diesmal nicht in der Weise entgegenkommend wie frühere, und es stellte mit seinen fast zwei Stunden währenden Beethoven- und Brahmsvorträgen erhebliche geistige Anforderungen an den Zuhörer. Denn gleich die mit bewundernswerter Klarheit und Prägnanz des Ausdrucks gespielten C-Moll-Variationen von Beethoven waren schwere Kost. Kaum leichter ist auch die F-Moll-Sonate von Brahms, obwohl sie, die dritte Jugendsonate des Meisters, durch ihr unsterbliches Andante (mit den beigegebenen Versen Sternaus) zu dem Populärsten aus der Brahmsschen Klaviermusik gehört und im Konzertsaal gern bevorzugt wird. Man muß dieses Stück von Frau Kwasts Händen gehört haben! Sie ist Regerspielerin, darum liegt ihr diese an Storm gemahnende männliche Liebeslyrik besonders, darum wird ihr der romantische Stimmungszauber dieses Satzes immer eher knorrig und herb als umbrahmisch weich gelingen. Interessant war es auch, wie sie die seltsam unoriginellen Sätze der Sonate durch ihr unvergleichliches Spiel belebte. Sehr gern spielt die Künstlerin Beethovens Appassionata, mit der sie den stärksten Eindruck des Abends erzielte und die in ihrer Monumentalität heute von wenigen in gleicher Weise zur Gestaltung kommt. Hier steigert sich der nachschaffende Künstler über den Interpreten hinaus zum Organ des Dichters; schon die donnerdunkle Wucht der Streita allein war ein Erlebnis. Danach mußten die Paganini-Variationen von Brahms, obwohl weit mehr als einseitig technisch-manuelle Bravourleistung, naturgemäß verblassen. Vielleicht kam das aber auch nur mir so vor, denn ich konnte nach dem unheimlich-gewaltigen F-Moll-Triumph Beethovens beim besten Willen keine geistige Brücke zu all den erklügelten Triller- und Doppelgriffketten finden und blieb „kühl bis ans Herz hinan".

W. O.

## Neues Operetten-Theater.

### Wenn Liebe erwacht.

Die anerkannt rührige Leitung unserer Operettenbühne hat mit der Annahme dieses Stückes einen guten Griff getan und muß die gestrige Aufführung den ernsten Erfolgen, die auf dem Gebiete der Operettenkunst wahrlich dünn gesät sind, zugezählt werden.

Unter dem eigentlich nicht viel versprechenden Titel „Wenn Liebe erwacht" verbirgt sich die musikalische Bearbeitung des alten Lustspiels „Renaissance" von Schönthan und Koppel-Ellfeld. Bei dem heutigen Stande der Operette muß man zwar allgemein vor dieser Verwendung unserer anerkannten Bühnenliteratur warnen, wie es ja ähnlich auch gegenüber dem Kino angebracht war und teilweise noch ist. Erfolgt jedoch die Bearbeitung so ansprechend und natürlich wie in diesem Falle, wird man sich gern und freudig damit abfinden. Die Verfasser des Librettos haben sich die Arbeit leicht gemacht und sie taten gut daran, den Text fast beinahe wörtlich dem Lustspiel zu entlehnen. Desto eifriger war jedoch der Komponist Eduard Künnecke tätig. Er hat der Handlung eine Musik beigegeben, die die Bezeichnung dieses Werkes als Operette gegenüber dem üblichen Kitsch als ungerecht erscheinen läßt. In gut empfundener Anpassung an den Stoff bietet die Musik neben getragenen feierlichen Melodien in erfrischender Abwechselung auch flotte Rythmen. Das Orchester hatte eine umfangreiche Partitur zu bewältigen. Unter der Leitung Fr. W. Goebels wurde es seiner Aufgabe im vollen Maße gerecht und sei es daher neben der künstlerischen Leitung mit an erster Stelle erwähnt.

Die Rollenbesetzung war äußerst glücklich und ließ kaum einen Wunsch übrig. Selbst die erst tags vorher erfolgte Neubesetzung der Rolle des Sohnes Tonio durch Ursula Bradsky war der Aufführung in keiner Weise abträglich. (Infolge einer Erkrankung Cerla Otts, die für diese Rolle vorgesehen war, mußte auch die Verlegung der Erstaufführung von Sonnabend auf Sonntag erfolgen.) Ady Driesen als gräfliche Mutter und Ursula Bradsky als ihr im Jugendsturm und -drang lebender Sohn erfüllten ihre Rollen sowohl gesanglich als auch darstellerisch in bester Weise. Aber auch von den andern Mitwirkenden stand diesmal kaum einer besonders zurück. Hermann Friedenreich gab mit gutem Können und Geschick den lebensprühenden Künstler. Den Pater Philippo wußte selbst Gustav Walter Braeuer in den Grenzen würdiger Gemessenheit zu halten. Den pedantischen Magister stellte Walter Leopold. So weit sich die steife und lederne Rolle im Rahmen eines Musikspiels naturgetreu geben läßt, tat er es mit bekannter Befähigung. Durch das Gockelkouplet im zweiten Akt wurde die Trockenheit seiner Rolle allerdings bald zur Unmöglichkeit karrikiert. Auch Guste Richter als Hausbesorgerin und Erna Dietrich als Modell waren bestens auf dem Platze. Hanna Fischer fand in der Rolle der Nichte der Hausbesorgerin Gelegenheit zur günstigen Verwendung ihres frischen Spiels. Die Szenerie war im zweiten Akt am besten getroffen. Im letzten Akt wirkte das ovale Guckloch wohl stimmungsvoll aber trotzdem wenig überzeugend. Recht zahlreiche und gut besuchte Wiederholungen können aufrichtig gewünscht werden.

—r.

**Vortragsabend über Heinrich Heine.** Der vom Arbeiter-Bildungsausschuß veranstaltete Vortrag über Heinrich Heine fand am Freitag statt. Genosse Dr. Bing gab in anschaulicher Weise ein Bild von dem Leben und Wirken des Dichters. Zur richtigen Beurteilung des dichterischen Schaffens Heines schilderte der Vortragende die damaligen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Einige köstliche Proben aus den Werken des Dichters vervollständigten wirkungsvoll den Vortrag. Der Heineschen Dichtkunst wurden durch diesen Vortragsabend neue Freunde zugeführt, und auch den bisherigen Liebhabern bot der Abend manche neue Anregung.

Am nächsten Sonnabend findet in der Aula, Heiligegeistgasse 111 der Vortrag über Büchner statt. Karten zum Preise von 1 Mk. sind auf dem Parteibureau 4. Damm 7 III und in der Volkswachtbuchhandlung, Am Spendhaus 6, erhältlich. Der Besuch ist sehr zu empfehlen.

**Der Sturmlauf des Herrn Ende!** Aus den Kreisen der Gastwirtsangestellten wird uns geschrieben: Der Zufall ließ uns einen Schriftsatz des bekannten wiederholt bestraften gewerbsmäßigen Stellenvermittlers Joh. Ende, Breitgasse 56, auf den Schreibtisch fliegen, welcher an den „Herrn Präsidenten der Freien Stadt Danzig" gerichtet ist. In diesem Schreiben fordert Ende die Aufhebung des Verbots der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung für Danzig, Oliva und Zoppot. Wegen der Ausbeutung der Arbeitsuchenden, besonders durch Ende, sah sich im Jahre 1919 die Regierung [illegible] der Demobilmachungskommissar veranlaßt diesem sein Handwerk zu legen. In einer die Wahrheit auf den Kopf stellenden Weise greift Ende nunmehr in dieser Eingabe die Herren [illegible] und [illegible] vom hiesigen Arbeitsamt an. Der [illegible] ist auch für den Nichteingeweihten [illegible] als ein [illegible] ersten Ranges [illegible] er sich von Arbeitsuchenden [illegible] ähnliche Zuwendungen [illegible] lasse. Entgegen [illegible] der letzten Verbandsschutzung [illegible] Teilnehmern einstimmig zum Ausdruck daß das [illegible] und ferner der Anwesenden [illegible] eine ähnliche Andeutung. Der [illegible] in Umlauf gesetzten [illegible] sofort die nötigen Schritte eingeleitet. [illegible] unter dem Schutze des § 81 [illegible] haben sich daher [illegible] Ende sind aber diese [illegible] nicht zu trübe. Wir [illegible] auch weiter keine besondere [illegible] des Vergehen Endes schon aus seiner [illegible]. In dieser Eingabe wird auch [illegible] Gewerkschaften [illegible] werden. Nach unserem [illegible] eine Arbeiterorganisation den unlauteren Ge[illegible] eine Unterstützung nicht angedeihen [illegible] daher hiermit öffentlich ob die christlichen [illegible] Ende in seinem Betreiben [illegible] Unterstützung versprochen haben? Verständig ist in dieser Eingabe noch die Behauptung des Antragstellers daß im Oberverichtulw nur [illegible] und er auf [illegible] kommen könne.

[illegible] die Forderungen der gewerbsmäßigen Stellenvermittler entschieden ablehnen [illegible] da derartige [illegible] der Arbeitsuchenden eingestellte Einrichtungen [illegible] mehr haben. Das Arbeitsamt [illegible] eine [illegible] und [illegible] der gewerbsmäßigen [illegible] die [illegible] der Arbeitsuchenden [illegible].

---

**Ein Lehrgang für Schiffer auf Küstenfahrt** wird am 11. April in der Seefahrtschule beginnen. Der Kursus dauert etwa 14 Tage. Zur die Zulassung zur Prüfung müssen 50 Monate Seefahrtzeit als Decksmann nachgewiesen werden, wovon 12 Monate auf Segelschiffe zugebracht sein müssen. Das Bestehen der Prüfung berechtigt zur Führung von Schiffen bis zu 200 Kubikmeter Brutto-Raumgehalt und Seeleichtern jeder Größe in der Küstenfahrt.

**Die Bureauräume des 2. Polizeireviers** sind von Am brausenden Wasser 4 nach dem früheren Festungslazarett, Heveliusplatz 1—2, verlegt.

---

**Großer Werder.** Aerztliche Atteste für Rentenempfänger. Die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene gibt folgendes bekannt.

Kriegereltern (Vater, Mutter), die anläßlich der Unterstützung durch ihren gefallenen oder an einer Kriegsdienstbeschädigung gestorbenen Sohn das Kriegselterngeld oder die widerrufliche Zuwendung erhalten, eine Invalidenrente auf Grund der Invalidenversicherung nicht beziehen und das 60. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind zwecks Anerkennung ihrer Hinterbliebenengebührnisse nach dem neuen Reichsversorgungsgesetz verpflichtet, ein Attest von einem beamteten Arzte (Kreisarzt) über den Grad der Erwerbsunfähigkeit zu beschaffen.

Die kriegshinterbliebene Witwe erhält auf Grund des neuen Versorgungsgesetzes eine erhöhte Witwenrente, wenn sie u. a. eine Invaliden- oder Witwenrente oder eine Unfallrente von mehr als ⅓ der Vollrente bezieht oder infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen erwerbsunfähig ist.

Die kriegshinterbliebenen Kinder erhalten über das 18. Lebensjahr hinaus die Waisenrente, wenn sie infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande sind, sich selbst zu unterhalten.

Um die Renten auch dieser Hinterbliebenen nach dem Versorgungsgesetz jetzt schon anerkennen und etwa erforderliche Vorschüsse hierauf zahlen zu können, müssen Atteste des beamteten Arztes (Kreisarztes) von den Hinterbliebenen beschafft werden. Soweit sie eine Invaliden-, Witwen- oder Unfallrente von 66⅔ Prozent durch das Attest nachgewiesen wird. Kosten der ist die Beibringung des kreisärztlichen Attestes nicht erforderlich; es genügt in diesem Falle die Vorlegung des Bescheides (Bescheinigung) über die Festsetzung der Rente (Invaliden-, Witwen- oder Unfallrente).

Die Kosten der ärztlichen Zeugnisse können von den Versorgungsbehörden erstattet werden. Voraussetzung für die Erstattung ist jedoch daß Aerzte der Versorgungsbehörden, welche die Untersuchungen unentgeltlich vorzunehmen haben, nicht in Anspruch genommen werden können und eine Erwerbsunfähigkeit von 66⅔ Prozent durch das Attest nachgewiesen wird. Kosten der Hinterbliebenen für die Reise zum Arzt werden nicht erstattet. Das Hauptversorgungsamt teilt mit, daß amtsärztliche Untersuchungen von Hinterbliebenen auf Erwerbsunfähigkeit auch durch einen Arzt des Versorgungsamtes in Danzig erfolgen können, und zwar kostenlos. Die Hinterbliebenen könnten jedoch dort erst nach vorausgegangener Anmeldung, die an die Fürsorgestelle zu richten ist, erscheinen. Unangemeldetes Erscheinen zur Untersuchung ist zwecklos. Die Wahl der Untersuchung entweder durch den Kreisarzt oder durch den Arzt des Versorgungsamtes in Danzig bleibt somit den Hinterbliebenen überlassen.

---

**Zum Landrat des Kreises Danziger Niederung** hat der Senat entsprechend dem Vorschlage des Kreistages den Landrat Walzer, bisher in Marggrabowa nunmehr mit Wirkung vom 1. April ernannt.

**Danziger Niederung.** Der Trichinenbeschauer Eduard Haack-Sammerland hat sein Amt als Trichinenbeschauer für den Schaubezirk Käsemark II (Ortschaft Schmerblock) mit dem 1. April d. Js. niedergelegt. Die Beschau in diesem Bezirk, sowie das Amt als Stellvertreter im Schaubezirk „Amtsbezirk Gottswalde" des Beschauers Korsnack-Gottswalde wird bis auf weiteres von der Trichinenbeschauerin Frau Karoline Lange in Käsemark ausgeübt werden. Zum Stellvertreter für die Trichinenbeschauerin Frau Lange in Käsemark ist der Trichinenbeschauer Korsnack in Gottswalde ernannt worden.

**Zum Gemeindevorsteher der Gemeinde Schönfeld ist der Metallarbeiter,** Genosse Max Lankowski gewählt und vom Landrat bestätigt worden.

**Ein Zweigstelle des Kreisarbeitsnachweises in Nickelswalde.** Zur besseren Erfassung der auf der Nehrung freiwerdenden Arbeitsstellen und Arbeitskräfte hat sich der landwirtschaftliche Verein Pasewark unter Zustimmung des Kreisausschusses bereit erklärt, eine Zweigstelle des Kreisarbeitsnachweises Danziger Höhe und Niederung zu bilden und diese Stelle nach Nickelswalde zu legen. Mit der Verwaltung dieser Stelle ist der Gemeindevorsteher Schmidt in Nickelswalde beauftragt. Alle Arbeitgeber dieser Gegend werden ersucht, die bei ihnen freiwerdenden Arbeitsstellen dieser Zweigstelle unmittelbar zu melden; ebenso alle Arbeitnehmer zwecks Arbeitsverteilung nunmehr mit derselben in Verbindung zu treten.

Der **Kreisarbeitsnachweis für Danzig Höhe und Niederung** in Danzig, Kohlenmarkt 22, 1 Treppe, Fernsprecher 2061, bleibt selbstredend wie bisher auch weiterhin den Beteiligten oben bezeichneter Bezirke zur Verfügung.

**Zoppot.** In dieser Woche werden folgende Lebensmittel ausgegeben: 1. Bei sämtlichen Kaufleuten je nach Wahl Graupen und Gerstengrütze zu 1,75 Mark je Pfund, Haferflocken zu 2,65 Mark je Pfund, Bohnen zu 2 Mark je Pfund. 2. Auf Abschnitt 81 der Fettkarte für Einheimische und auf Abschnitt 12 der Fettkarte für Fremde ¼ Pfund Butter zum Preise von 13 Mark pro Pfund. Verkauf von Montag, den 4. April, bis Sonnabend, den 9. April, in sämtlichen Milchgeschäften. 3. Die Ausgabe der Lebensmittelkarten für Einheimische und Fremde findet von Montag, den 4. April, bis Freitag, den 8. April von 1—5 Uhr nachmittags im Lebensmittelamt in Zimmer 2 und 3 in der üblichen Reihenfolge statt. Nachzügler erhalten die Karten am Sonnabend, den 9. April, von 1—5 Uhr nachmittags im Lebensmittelamt, Zimmer 3. Aus diesem Anlaß ist das Lebensmittelamt von Montag, den 4. April, bis Sonnabend, den 9. April, für das Publikum am Vormittage nur von 9—11 Uhr geöffnet.

BORG CIGARETTEN
für Qualitäts-Raucher

**Wasserstandsnachrichten am 4. April 1921.**

| | gestern | heute | | gestern | heute |
|---|---|---|---|---|---|
| Zawichost | + — | + — | Dirschau | + 2,10 | + — |
| Warschau | + — | + — | Einlage | + 2,40 | + 2,40 |
| Thorn | + 1,80 | + 1,80 | Schiewenhorst | + 2,48 | + 2,52 |
| Fordon | + 1,74 | + 1,73 | Schönau O. P. | + — | + — |
| Culm | + 1,71 | + 1,60 | Galgenberg O. P. | + — | + — |
| Graudenz | + 1,88 | + 1,88 | Neuhorsterbusch | + — | + — |
| Kurzebrack | + — | + — | Wolfsdorf | — — | — — |
| Montauerspitze | + 1,78 | + 1,80 | Anwachs | + 1,09 | + — |
| Pieckel | + 1,84 | + 1,87 | | | |

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Volze, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Ewert in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

# Amtliche Bekanntmachungen.

Nach dem Ortsstatut vom 21. Juni 1912 sind die im Gemeindebezirk der Stadt Danzig in Handel und Gewerbe beschäftigten Lehrlinge unter 18 Jahren verpflichtet, die hier unter dem Namen „Städtische Handwerker- und Fortbildungsschule" bestehende öffentliche Fortbildungsschule an den vom Magistrat festgesetzten Tagen und Stunden drei Jahre lang zu besuchen. Hat ein Lehrling in dieser Zeit das Ziel der Fortbildungsschule nicht erreicht, so bleibt er bis zu dessen Erreichung, jedoch höchstens bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres zum Schulbesuch verpflichtet.

Alle übrigen männlichen Personen, namentlich Lauf- und Arbeitsburschen, die in Danzig in Handel und Gewerbe beschäftigt werden, sind bis zum vollendeten 17. Lebensjahre zum Besuch der Handwerker- und Fortbildungsschule verpflichtet.

Die Gewerbeunternehmer haben jede von ihnen beschäftigte fortbildungsschulpflichtige Person spätestens am 6. Tage, nachdem sie dieselbe angenommen haben, zum Eintritt in die Schule anzumelden. Zuwiderhandlungen werden nach § 150 Nr. 4 der R.G.O. mit Geldstrafe bis zu 20 Mk. oder im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft. Anmeldungen werden an den Werktagen vormittags von 9—1 Uhr und nachmittags von 4—7 Uhr im Geschäftszimmer der Schule, An der großen Mühle 11/13, entgegengenommen. Sie können auch schriftlich erfolgen. Es sind dazu Vordrucke zu benutzen, die in der Geschäftsstelle unentgeltlich verabfolgt werden. Der Stundenplan kann dort eingesehen werden. Er wird außerdem den Arbeitgebern durch Zustellung der Aufnahmekarte für jeden Schüler mitgeteilt. Der Unterricht beginnt im Sommerhalbjahr 1921 am Montag, den 4. April 1921.

Danzig, den 31. März 1921.

**Der Magistrat.** (3966

Der Atheist

von Ernst Ewert

Preis 2.50 Mark

zu haben in der

Buchhandlung Volkswacht,

Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Montag, den 4. April 1921, abends 7 Uhr.

Dauerkarten A 1.

Der Liebesbazillus

Musikalische Burleske in drei Akten.

Personen wie bekannt Ende 9¾ Uhr.

Dienstag und Mittwoch, abends 7 Uhr. Außer Abonnement. Erhöhte Preise. Zweimaliges Tanzgastspiel Elsa, Berta, Martha Wiesenthal. Vorher zum 1. Male: Susannens Geheimnis.
Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1. Zum ersten Male: „Peterle." Lustspiel.
Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 1. Gastspiel Max Josiewitz vom Stadttheater in Freiburg (Breisgau) als Gast a. E. „Der fliegende Holländer." (Daland: Max Josiewitz.)
Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1. „Comtesse Guckerl."
Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Neu einstudiert! „Fra Diavola". Komische Oper.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092. Tel. 4092.

Besitzer u. Direktor Paul Bansmann.
Künstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt

Heute Montag, den 4. April

Anfang 7 Uhr Anfang

„Wenn Liebe erwacht"

Operette in 3 Akten.
Musik von Eduard Künnecke.

Morgen Dienstag, den 5. April
„Wenn Liebe erwacht"

Vorverkauf findet tägl. v. 10—4 Uhr nur im Denma-Haus Langgasse 69/70 statt, Sonntags 9—2 Uhr a. d. Theaterkasse.

Nach Schluß der Vorstellung: Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

Kassenöffnung 6 Uhr.

Rauchen verboten.

In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle"

Rat und Auskunft

in wirtschaftlichen Fragen erteilt allen Frauen und Mädchen jeden Mittwoch von 5—7 Uhr abends

Die Frauenkommission der S. P. D.

4. Damm 7 II, Zimmer 4.

KOSMOS

Gesellschaft der Naturfreunde

bietet für jedermann einen

billigen und guten

Lesestoff

Belehrend – Unterhaltend

Jedes Mitglied erhält bei dem Vierteljahresbeitrag von

nur M. 7,50 broschiert

nur M. 9,00 gebunden

jährlich 12 reich illustrierte Monatshefte und 4 gute Bücher erster Schriftsteller

Anmeldung durch jede Buchhandlung oder bei der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart. Prospekt kostenlos. – Probeheft 2.00 Mark.

Volksfürsorge,

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

– Sterbekasse. –

Kein Policenverfall

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder

Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig

Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35

Einen gut erhaltenen

Seesack

zu kaufen gesucht. Off. unt. 321 an d. Exp. dies. Ztg. (†

Neuer Jackettanzug,
Cutaway und Weste
sehr billig zu verkaufen.
Guddat, Breitgasse 56,
Eingang Zwirngasse. (†

Gut erhaltene (†
Herr.-Nähmaschine
zu verkaufen. Lehn,
Ohra, Lindenstraße 7.

Damen- und
Herren-Fahrrad
zu verkauf. Hinter Adlers Brauhaus 6, pt. (†

Danzig – Heumarkt.
Telef.-Nebenanschl. 487

Weltberühmter

Circus Angelos

Täglich 7½ Uhr:
(Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag auch 3½ Uhr)

Gadbin Brons

Der Herr des Todes!

sowie der übrige
Riesen-Spielplan

Billetvorkauf: täglich vorm. 10—1 Uhr und 1 Stunde vor Beginn der Vorstellungen an den Zirkuskassen.
(3955)

Alle

Sämereien

f. Feld, Garten, Balkon

Drogerie am Dominikanerplatz,
Junkergasse 12,
a. d. Markthalle.

(3919)

Damengarderobe!

Jede Damen-Garderobe wird nach Maß sauber, billig u. schnell angefertigt.
K. Rähse, akad. gepr. Damenschneiderin, Baumgartsche Gasse 33, 1 Treppe, links. (†

Waschfrau (†

wird gesucht. Tenzer, Schidlitz, Große Molde 6.

Sämtliche (†

Gartenarbeiten

und Instandsetzungen von Gärten führt sauber aus

G. Ehle, Gärtner

Danzig-Ohra, Rosengasse 2

Saatkartoffeln

Wir nehmen von heute ab Vorbestellungen auf Saatkartoffeln entgegen. Landgemeinden bezw. Landwirte haben ihren Bedarf nachzuweisen.
Näheres durch die Geschäftsstelle.

Kartoffelversorgung
Danzig, G. m. b. H.,

Lastadie 35b

Telefon 1689 und 4021. 3956